**Evangelische Kirche**

Stellungnahme des Rates der EKD zur Situation von Flüchtlingen

„Jesus Christus spricht: Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele und von ganzem Gemüt. Dies ist das höchste und größte Gebot. Das andere aber ist dem gleich: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“ (Mt 22,37-39).

Für die Aufnahme der Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland engagieren sich zahllose ehrenamtlich und beruflich Tätige. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) dankt ihnen und allen, die seit Monaten dazu beitragen, unserer Gesellschaft ein menschenfreundliches Gesicht zu geben.

Zugleich zeichnet sich ab, dass die Aufgaben, die sich durch die zu uns kommenden Schutzsuchenden stellen, nicht in kurzer Zeit erledigt sein werden. Wir müssen uns der Tatsache stellen, dass wir Geduld und einen langen Atem benötigen und dass viele Menschen Sorgen vor der Zukunft haben. Die Aufgabe wird zu bewältigen sein, wenn die Stabilität der staatlichen Strukturen und das Gewaltmonopol des Staates gestützt und die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.

Die enormen Anstrengungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen, die bereits geleistet wurden, sind Ausdruck einer Gesellschaft, deren Werte in ihren Wurzeln tief in der christlichen Tradition verankert sind. Der Satz Jesu „Alles nun, was ihr wollt, dass euch die Menschen tun, das tut ihnen auch“ (Mt 7,12) aus der Bergpredigt formuliert einen Grundsatz der Empathie [= Einfühlungsvermögen], der weit über die christliche Tradition hinaus anerkannt wird. [...] Geben wir die Empathie auf, geben wir die Menschlichkeit auf.

„Der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein.“ (Jes 32,17) Auf diese Verheißung vertraut der Rat und tritt für eine offene Gesellschaft ein und betont den Wert des Grundgesetzes mit seinen Prinzipien der Menschenwürde, der Freiheit und des Rechts. Gemeinsam mit den anderen Staaten in Europa und darüber hinaus sind auch das humanitäre Völkerrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention zu bewahren und durchzusetzen.

Die EKD fordert eine europäische Lösung. Sie trägt hierzu durch ihre Kontakte zu den anderen Kirchen Europas bei. Menschlichkeit kann nur gemeinsam gedacht werden und gelingen. Chancen und Lasten der Aufnahme von Schutzsuchenden müssen gemeinsam getragen werden.

Die EKD wendet sich gegen die Vorstellung einer Abschottung Europas. Wir würden unsere eigenen Werte verraten, wenn wir einen solchen Weg gingen. Unser Verantwortungshorizont endet nicht an den eigenen Grenzen.

Lösungswege sind die Beseitigung der Fluchtursachen, die zugesagte Unterstützung der Nachbarländer in Krisenregionen, die Verbesserung der Bedingungen in den Flüchtlingslagern und geordnete Aufnahmeverfahren.

Selbst wenn es gelingt, die Fluchtursachen langfristig zu beheben und sogar kurzfristig vielen Flüchtlingen wieder eine Perspektive in ihrer Heimat zu verschaffen, werden viele der zu uns Gekommenen bleiben.

Das stellt uns vor die große Herausforderung, Menschen aus anderen Kulturen, Religionen und mit einem anderen Verständnis von Gesellschaft bei uns zu integrieren. Diese Herausforderung verunsichert viele Menschen. Entscheidend ist, die Kontrolle über die Durchsetzung des Rechts und der Werte des Grundgesetzes zu bewahren. Jede Bürgerin und jeder Bürger unseres Landes muss sich überall sicher fühlen können.

In den Aufnahme-Einrichtungen für Flüchtlinge müssen die anerkannten humanitären Standards gelten. Dem besonderen Schutzbedürfnis von Frauen und Kindern vor jeder Form von Gewalt, auch sexualisierter Gewalt, ist Rechnung zu tragen. Dasselbe gilt für Minderheiten. Mit Sorge sieht die EKD auch auf die Fälle von Bedrohung von Christinnen und Christen in den Flüchtlingsunterkünften.

Integration bedeutet die Anerkennung des Rechts und der Grundwerte unseres Landes, aber auch die Anerkennung unseres Verständnisses von einer offenen Gesellschaft, der Religionsfreiheit und der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir verurteilen alle Anschläge auf Flüchtlinge und ihre Helferinnen und Helfer.

Integration gelingt vor allem über die rasche Eingliederung in das Bildungswesen, den Arbeits- und Wohnungsmarkt. Auch der Familiennachzug fördert die Integration. In den Kindertagesstätten, Schulen und am Arbeitsplatz, aber auch in den Alltagsräumen muss über Sorgen und Ängste einerseits und über Recht und Werte andererseits geredet werden.

Die Integration darf keine Verlierer hervorbringen, weder unter den Flüchtlingen noch unter der einheimischen Bevölkerung. Deshalb sind für das Bildungswesen, den Wohnungs- und den Arbeitsmarkt ausreichende Ressourcen für alle zu schaffen.

Zweifellos ist die Situation in Deutschland und in Europa ernst. Es wäre aber schädlich, sie schlechter und instabiler zu reden, als sie ist. Die Stabilität der staatlichen Institutionen ist hoch. Ebenso hoch ist in der Bevölkerung die Bereitschaft, sich den Herausforderungen zu stellen und sich auch persönlich zu engagieren. Die Evangelische Kirche in Deutschland wird alles in ihren Kräften Stehende tun, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Sie dankt allen und ermutigt alle, die dazu beitragen.

<https://www.ekd.de/20160122_stellungnahme_fluechtlinge.htm>

**Römisch-katholische Kirche**

Die römisch-katholische Kirche hat in den Jahren 2016 und 2017 zwei Papiere veröffentlicht, die sich mit Migration und somit auch Pluralität beschäftigen: „Leitsätze des kirchlichen Engagements für Flüchtlinge“ (2016) und „Auch für sie tragen wir Verantwortung“ (2017).

Zunächst wird betont, dass jeder Mensch Anspruch auf eine menschenwürdige Behandlung hat. Für sie und ihre Würde muss Verantwortung übernommen werden – dies gilt insbesondere für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und alleine geflüchtete Frauen. Ersteres sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die ohne Erwachsene nach Deutschland geflohen sind.

Die römisch-katholische Kirche unterstützt alle Migranten, die dies wünschen, eine unabhängige Beratung und Seelsorge zur Verfügung zu stellen. Auch für Migranten, die aus Deutschland wieder ausreisen möchten bzw. müssen, bietet die katholische Kirche Beratung an, z.B. bei der Caritas oder dem Raphaelswerk. Wenn eine Beratung schwierig wird, wird auch an weiterführende Stellen wie eine Rechtsberatung verwiesen. Die Kirche sieht sich allerdings nicht als Ersatz für staatliche Angebote und Einrichtungen, sondern viel mehr als eine Ergänzung für Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind – alle Menschen, nicht nur Migranten. So bietet sie zum Beispiel Migranten in kircheneigenen Gebäuden Zuflucht. Da dies natürlich keine langfristige Lösung ist, versuchen die katholischen Siedlungswerke dauerhafte Unterkünfte für hilfsbedürftige Menschen zu finden.

Allgemein lehnt die römisch-katholische Kirche Abschiebungen von Migranten in unsichere Länder wie derzeit Afghanistan ab.

Bei ihrem Handeln beruft sich die Kirche auch auf die Bibel: „Ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen“ (Mt 25,35). Darüber hinaus lehnt sie Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ab, da beides nicht mit dem christlichen Menschenbild vereinbar ist: „Als Christen kann es uns nicht gleichgültig sein, wenn Hartherzigkeit an die Stelle von Solidarität tritt und Ressentiments den Blick auf den Nächsten verdunkeln.“

Auch weist die Kirche darauf hin, dass die westlichen Länder, also Europa und die USA, die miserablen Zustände in den Fluchtländern zumindest zum Teil mit zu verantworten haben, z.B. durch Kriege oder durch die Ausbeutung der Länder für Ressourcen, die für technische Geräte benötigt werden (Kobalt, Seltene Erden).

Auch wenn in den beiden Texten nicht direkt steht, wie aus Sicht der römisch-katholischen Kirche mit Pluralität umzugehen ist, ist es indirekt aus dem Text herauslesbar.

<https://www.dbk-shop.de/media/files_public/ecceqdtku/DBK_5282.pdf>

<https://www.dbk-shop.de/media/files_public/hdvwecigwrym/DBK_1245.pdf>

zusammengefasst von Florian Fuchs